



über die 2. Sitzung
des Schul- und Sportausschusses
am Donnerstag, dem 10. Juli 2003
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:40 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Herr Behrens
Frau Dyduch
Frau Gube
Herr Henning
Frau Jung
Herr Lipinski

Ratsmitglieder CDU

Herr Hasler
Herr Kissing
Herr Klein
Herr Weigel

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Ambrosch
Frau Bungter-Striepens
Herr Kohl
Frau Ruf
Frau Slomiany
Herr Voß

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Brettschneider
Frau Heidenblut
Herr Hoffmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen FDP

Herr Bremmer

Beratendes Mitglied BG

Herr Menne

Beratende Mitglieder

Herr May

Sachverständige

Herr Forthaus
Herr Töpfer

Verwaltung

Frau Böckmann
Herr Flaskamp
Herr Höper
Frau Meißner

Gäste

Frau Middelmann

entschuldigt fehlten

Frau Bartosch
Herr Böcker
Herr Brinkmann
Frau Filthaut
Herr Goehrke
Frau Jacobsmeier
Frau Oxe
Herr Plümpe
Herr Rickwärtz-Naujokat

Herr **Lipinski** begrüßte die anwesenden Mitglieder des Schul- und Sportausschusses und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Er informierte darüber, dass ein Antrag der CDU-Fraktion vom 09.07.2003 auf Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Selbständige Schule“ wegen besonderer Dringlichkeit vorliegt.

Der Antrag wurde durch Herrn **Hasler** begründet. Hintergrund des Antrages sei das Ziel der Realschule Kamen, den Status einer Selbständigen Schule zu erlangen. In einem Telefonat habe der zuständige Dezernent der Bezirksregierung Arnsberg, Herr Dechant, mitgeteilt, dass die bisherige Beschlusslage nicht ausreichend sei, um die Realschule Kamen bereits zum Schuljahr 2003/04 in das Programm „Selbständige Schule“ aufzunehmen. Die Bezirksregierung erwarte ein klares Signal des Schul- und Sportausschusses für die Realschule.

Herr **Flaskamp** teilte mit, dass er am heutigen Tage ebenfalls telefonisch mit Herrn Dechant das weitere Verfahren zum Antrag der Realschule Kamen auf Aufnahme in das Modellprojekt abgestimmt habe. Voraussetzung sei u.a. die Kooperation mit einem anderen Schulträger. Wenn die von der Bezirksregierung vorgeschlagene Kommune keine Bedenken gegen eine Kooperation habe, werde die Verwaltung unverzüglich die notwendigen Gespräche führen. Der Schul- und Sportausschuss habe bereits den Beschluss gefasst, dass jede Schule unterstützt werde, die sich für eine Teilnahme an dem Projekt bewerbe. Herr Dechant habe im Übrigen ihm gegenüber nicht geäußert, dass dieser Beschluss nicht ausreiche. Da offensichtlich in den Fraktionen Konsens bestehe, alle antragstellenden Schulen zu unterstützen, sei der notwendige Beschluss für die Realschule Kamen nur Formsache.

Nach Vorlage des Beschlussvorschlages wurde einstimmig zugestimmt, den Punkt „Selbständige Schule“ als neuen Tagesordnungspunkt 2 des öffentlichen Teils aufzunehmen.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Einführung des Schülertickets im Kreis Unna	118/2003
2.	Selbständige Schule hier: Antrag der CDU-Fraktion	
3.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Besetzung der stellv. Schulleiterstelle an der Hauptschule Kamen	117/2003
2.	Beschaffung der Lernmittel für das Schuljahr 2003/04	107/2003
3.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
4.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A.

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

118/2003

Einführung des Schülertickets im Kreis Unna

Herr **Flaskamp** erläuterte kurz die Beschlussvorlage und wies darauf hin, dass in allen Städten und Gemeinden im Kreisgebiet die vom Kreis Unna vorbereitete Vorlage gleichlautend zur Beratung und Beschlussfassung vorliege.

Frau **Dyduch** zeigte sich erfreut, dass nach langer Vorbereitung ein Angebot für die Nutzung des ÖPNVs durch die Schülerinnen und Schüler vorgelegt werde. Die vorgesehenen Regelungen seien im Übrigen sozial ausgewogen und es werde ein Ausgleich zwischen anspruchsberechtigten und nicht anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schülern erzielt.

Das weitere Verfahren, so Herr **Flaskamp**, sehe vor, dass nach der Beschlussfassung im Schul- und Sportausschuss eine Information an die Schulleitungen gehen würde, um mögliche Bedenken einbeziehen zu können.

Auf Nachfrage von Herrn **Hasler** teilte Herr **Flaskamp** mit, dass das Ausscheiden einer Kommune aus dem Angebot die Einstellung des gesamten Konzeptes zur Folge habe.

Man habe sich bereits in der Vergangenheit, so Herr **Kissing**, für eine einheitliche Tarifstruktur ausgesprochen. Er sei daher froh, dass nunmehr ein Weg für eine gleichmäßige Teilnahme von Schülerinnen und Schülern am ÖPNV gefunden wurde. Das Schülerticket stelle eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen, nicht plausiblen Tarifsystem mit dem „Funticket“ dar und sei außerdem ein Schritt zur Prävention gegen das Schwarzfahren.

Herr **Bremmer** ging kritisch auf einzelne Regelungen des Vertrages zwischen Schulträger und Verkehrsunternehmen, insbesondere die Regelung der Tarifstruktur ohne Berücksichtigung von Kindern über 18 Jahre, den Datenschutz und die Abbuchungsberechtigung, ein. Das Schülerticket stelle nach seiner Auffassung eine nicht gerechtfertigte Zwangsabgabe dar, die hohe Zusatzkosten für die Eltern verursachen würde.

Herr **Flaskamp** entgegnete, dass es nicht einzusehen sei, dass durch die Allgemeinheit die Kosten für über 18-Jährige getragen werden. Das Schülerticket stelle auch keine Zwangsabgabe dar, da das bisher angebotene „Funticket“ wesentlich teurer sei. Im Übrigen werde die Möglichkeit einer Nutzung des ÖPNVs durch alle anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler rund um die Uhr geschaffen. Der Beitrag von 7,70 € im Monat sei hierfür nicht zu hoch.

Beschlussempfehlung:

Für die Einführung des Schülertickets zum 01.02.2004 werden zur Finanzierung folgende Eigenanteile für anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler festgesetzt, die von den Verkehrsunternehmen als Fahrgeld eingezogen werden:

- 7,70 € pro Monat für das 1. Kind bzw. für Kinder ab 18 Jahren
- 5,10 € pro Monat für das 2. Kind
- 0,00 € pro Monat ab dem 3. Kind und für Sozialhilfeempfänger

Die Verwaltung wird beauftragt, den in der Anlage beigefügten Vertrag mit den Verkehrsunternehmen abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: bei einer Gegenstimme angenommen

Zu TOP 2.

Selbständige Schule
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Hasler** verwies auf die bereits zum Antrag auf Änderung der Tagesordnung dargebrachte Begründung.

Die SPD-Fraktion habe sich, so Frau **Dyduch**, bereits in den früheren Ausschusssitzungen für eine Unterstützung der Schulen bei der Teilnahme an dem Projekt einer selbständigen Schule ausgesprochen. Da der nunmehr zu fassende Beschluss als Bekräftigung der bisherigen Beschlusslage diene, werde der Antrag unterstützt. Die konkreten Beschlüsse könnten dann nach den erforderlichen Beratungen im September getroffen werden.

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss der Stadt Kamen befürwortet die Teilnahme der Realschule am Modellvorhaben „Selbständige Schule“. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, die Kooperationsvereinbarungen (allgemeiner Teil, regionaler Teil und schulischer Teil) zu erstellen und dem Schul- und Sportausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

3.1 Mitteilungen der Verwaltung

3.1.1 Frau **Meißner** teilte mit, dass aufgrund der Sitzung des Hauptausschusses die nächste Sitzung des Schul- und Sportausschusses auf den 25.09.2003 verlegt werden muss.

Herr **Hasler** bat aufgrund einer Teilnahme von Ausschussmitgliedern an der Bürgerfahrt nach Montreuil-Juigné um Prüfung von Alternativterminen.

(nachrichtlich: neuer Termin am 24.09.2003)

- 3.1.2 Es wurde vereinbart, so Frau **Meißner**, den Antrag der SPD-Fraktion „Bericht über die geplanten Änderungen in der Ausbildungsordnung - Grundschulen (AO-GS) und Darstellung der praktischen Auswirkungen im Primarbereich“ als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung vorzusehen.

Frau **Dyduch** bat darum, hierbei die Themen Kooperation „Schule und Kindergarten“ sowie „Schulfähigkeitsprofile für Erstklässler“ mit aufzunehmen.

3.2 Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Meißner
Schriftführerin